Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. M 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Nummer 251 | Samstag, den 10. September 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Verbesserung der Notverordnung! Der schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel, ein Gelehrter mit weltoffenem Blick und von internationalem Ruf, stellt in der Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet" eine eingehende Untersuchung über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung an. In der Einleitung schreibt er u. a.:

„Natürlich kann man sich Einzelheiten gegenüber in Zweifel fühlen und das Ganze mutet als ein gewagter Eingriff in den normalen Gang des Wirtschaftslebens an, doch die Lage in Deutschland ist alles andere als normal. In einem Lande, das mehr als fünf Millionen Arbeitslose hat, ist man eben zu regelrechten Kraftmaßnahmen gezwungen, um aus dem Sumpf herauszukommen. Es gibt keinerlei Erfahrungen, wie man eine solche Lage behandeln soll. Man muß daher etwas wagen, wenn es einen Sanierungsplan gibt. Das jetzt vorgelegte Regierungsprogramm unterscheidet sich jedoch wesentlich von der unübersehbaren Masse vollkommen hoffnungslosek Konstruktionen, die in Deutschland täglich vorgelegt werden mit dem Anspruch, eine Lösung der Wirtschaftsprobleme darzustellen."

Dem Inhalt dieses von einem Nachrichtenbüro übermittelten Zitates kann man durchaus zustimmen. Die Notverordnung des Kabinetts von Papen ist, wie hier bereits wiederholt betont ist, eine mutige Tat. Und nur eine solche kann dem deutschen Volke in seiner derzeitigen Lage Hilfe bringen. Aber mit dem Mut allein ist es natürlich auch nicht getan. Aus der Meldung, der wir das Zitat entnommen haben, geht noch hervor, daß Cassel das Wirtschaftsprogramm als ein wirklich wertvolles Mittel ansieht, nun endlich Deutschlands produktive Arbeit wieder in Gang zu bringen, wenn die erwartete Besserung der Weltwirtschaftslage eintreten würde. Kritische Bemerkungen Cassels werden in der Meldung nicht angeführt. Aber es ist doch wohl anzunehmen, daß er nicht ganz vorbehaltlos der Notverordnung zustimmt. Außerdem liegt es nahe, daß er seine Untersuchung im wesentlichen auf das System der Steuergutscheine beschränkt hat, das ihn als Finanz- und Währungssachverständigen besonders interessieren muß, und das ja auch sicherlich zu dem Wertvollen gehört, das die Notverordnung enthält. Daß gegen die Einzelheiten der Notverordnung nicht wenige Bedenken sprechen, ist unsern Lesern bekannt. Am stärksten sind diese Bedenken in sozialpolitischer Hinsicht; aber es gibt ihrer, wie wir im Laufe der Woche gezeigt haben, auch nicht wenige vom Standpunkte des Unternehmers aus. Auch die Landwirtschaft sieht ihre Erwartungen nicht erfüllt, und aus den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes hört man ebenfalls nicht gerade Stimmen der Begeisterung, vielmehr wiegt hier Skepsis vor. Sehr auffällig ist die Zurückhaltung in Unternehmerkreisen. Wäre die „Befriedigung aufgestauten Erhaltungsbedarfs" notwendig, so würde man gewiß von Telegrammen an den Reichskanzler hören, in dem ihm Dank dafür gesagt würde, daß er diese Instandsetzungsarbeiten ermöglichte. Aber die Situation ist so, daß man die Wirtschaftspolitik des Kabinetts mit weit mehr Befürchtungen als Hoffnungen begleitet, daß man größte Gefahren für Aufträge aus dem Auslande sieht, ohne die kein wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist, und nicht mit der Meinung zurückhält, daß diese Wirtschaftspolitik uns den Anschluß an die erwartete Besserung der Weltkonjunktur durch binnenmarktpolitische Abkapselung verpassen läßt. Auffällig ist des ferneren, daß der sozialpolitische Teil der Notverordnung auch in Blättern, die sonst vorwiegend den Arbeitgeberstandpunkt vertreten, ohne besonderen Beifall aufgenommen worden ist, wohl schwerlich deshalb, weil dieser Teil nicht weit genug im sozialpolitischen Abbau geht, als vielmehr, weil man sich doch zu überlegen scheint, ob man dann noch von einer „gesicherten Lebenshaltung des deutschen Arbeiters" sprechen könne, wie sie der Reichspräsident in seiner Unterhaltung mit dem Reichskanzler in Neudeck gewahrt wissen wollte. Aus einem Telegramm des Hauptvorstandes des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter an den Reichspräsidenten kann man beispielsweise entnehmen, daß die der Regierung erteilten Vollmachten in manchen Tarifgebieten bei 40-stündiger schwerster Arbeit nach Abzug der Sozialbeiträge und Steuern eine Verdiensteinnahme von 10 Mark die Woche ermöglichen, wovon etwa die Hälfte für Miete aufzuwenden ist. „Die Reichsregierung", heißt es in dem Telegramm, „gibt keine Anleitung, wie von dem Rest die Arbeitsfähigkeit erhalten und sechs- und mehrköpfige Familien ernährt und vor Kälte und Blöße geschützt werden können." Diese Sätze enthalten eine erschütternde Anklage aus der Praxis gegen die zu der Notverordnung verdichteten Theorien vom grünen Tisch. Und man kann sich wohl vorstellen, daß in den viereinhalb Stunden, in denen am Donnerstag die Vertreter der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister zusammengesessen haben, noch zahlreiche andere Beispiele von solcher Wucht vorgebracht worden sind. Mit Kritik allein ist es aber nun in dem armseligen Zustande, in dem sich Deutschland befindet und aus dem wir heraus müssen, weil man sonst nicht weiß, wie der bevorstehende Winter überstanden werden soll, auch nicht getan. Es geht nicht an, die Notverordnung, die auch nicht wenige nützliche Gedanken enthält, in Bausch und Bogen abzulehnen und dann die Hände in den Schoß zu legen. Wer vor dem Volke Verantwortung trägt und eine Gesetzgebung kritisiert, weil ihm dies und das falsch zu sein scheint, der muß auch sagen, wie es besser gemacht werden soll oder im konkreten Falle, wie es auf andere Weise gelingen kann, die deutsche Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit über diese Belebung hinaus zu vermindern. Wer von diesem Standpunkt aus die Notverordnung und die an ihr öffentlich geübte Kritik betrachtet, kann bisher nur feststellen, daß es an Besserungsvorschlägen fehlt. Umso stärkere Beachtung verdient darum die Ankündigung solcher Vorschläge in der Erklärung, die die Vertreter des Zentrums und der Nationalsozialisten gemeinsam über ihre Beratungen am Donnerstag im Hause des Reichstagspräsidenten veröffentlicht haben. In dieser Erklärung heißt es nach kritischen und bedenklichen Aeußerungen, daß die Besprechung hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturanschlusses Möglichkeiten geklärt habe, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden sei. Männer wie Dessauer und Stegerwald würden, davon sind wir überzeugt, einer solchen Ankündigung nicht zugestimmt haben, wenn sie nicht davon durchdrungen wären, daß die wirtschaftspolitischen Gedanken, die sich in dieser Besprechung ergeben haben, geeignet wären, das besser zu machen, was an der Notverordnung kritisiert wird. Es ist anzunehmen, daß diese Gedanken nicht nur am Donnerstag in der vorgesehenen Besprechung beim Reichspräsidenten, sondern auch in der großen Aussprache im Reichstag, die sich an die Regierungserklärung anschließen wird, zum Ausdruck gebracht werden. Auch aus diesem Grunde wird man darum der Reichstagstagung mit besonderem Interesse entgegensehen.

*

Der rücksichtslose Agitator. Daß Hitler noch nicht mit dem Oel des Staatsmannes gesalbt ist, hat er nicht nur durch seine für den Leiter eines Rechtsstaates unmöglichen Kundgebungen an die in Beuthen verurteilten SA-Leute gezeigt, sondern vor allem auch durch die ebenso gesuchten wie geschmacklosen Bemerkungen in seiner Münchener Rede über den Reichspräsidenten von Hindenburg. Dieser, sagte er, sei 85 Jahre alt und er (Hitler) sei dagegen erst 43 Jahre alt und fühle sich sehr gesund, und wenn er einmal 85 Jahre alt sei, dann sei Hindenburg längst nicht mehr. Das ist nicht die ritterliche Opposition, die der Reichspräsident dem nationalsozialistischen Führer am Ende der Unterredung vom 13. August ans Herz gelegt hat. In solchen Worten dokumentiert sich allein der Parteiagitator. Dieser gefeierte „Befreite des Weltkrieges", der in seiner engsten Umgebung so manchen Heimkrieger um sich hat, wie Kube, Göbbels u. a., hat sich auch über den Aufenthalt des Reichskanzlers von Papen während des Weltkrieges nicht informiert, sonst müßte er wissen, daß der jetzige Kanzler nach seiner Tätigkeit als Militärattachee in Washington noch an der Front gestanden und auf dem Kriegsschauplatz im Orient keineswegs eine unwichtige Etappenstellung innegehabt hat. Aber diese Unrichtigkeit ist politisch weniger wichtig als die Unvornehmheit und Unklugheit, die darin liegt, daß Hitler nach dem Scheitern seines Planes einer mussolinischen Nachahmung einfach drauflos redet, ohne Rücksicht auf die Bemühungen maßgeblicher Männer seiner Partei und des Zentrums, ein Kabinett auf die Beine zu bringen, das nicht nur von den beiden Parteien und damit von einer Reichstagsmehrheit gestützt wird, sondern auch das Vertrauen des Reichspräsidenten haben soll. Diese Rücksichtslosigkeit verstärkt noch die Peinlichkeit des Vorstoßes gegen Hindenburg und ist offenbar auch von der Redaktion des „Völkischen Beobachters" als politische Unklugheit empfunden worden. Denn das Blatt hat in seinem Bericht über die Münchener Hitler-Versammlung diese Sätze unterschlagen.

*

Der Vertrauensmann in München. Es ist noch nicht lange her, daß die Reichsgesandtschaft in München als überflüssige Kostspieligkeit aufgehoben worden ist. Aber schon ist sie, wie man soeben aus einer Mitteilung der Amtlichen Bayerischen Pressestelle entnehmen kann, in etwas anderer Form wieder aufgelebt. Danach hat sich bei der Reichsregierung das Bedürfnis herausgestellt, im Verkehr mit der bayerischen Staatsregierung auch persönliche Fühlungnahme zu pflegen und deshalb ist Legationsrat Freiherr von Lersner als Vertrauensmann der Reichsregierung in München bestellt worden. Als seine Aufgabe wird bezeichnet, zu bestimmten Zeiten und zu bestimmten Aufträgen der Reichsregierung in München zur Verfügung zu stehen. Was das heißen soll, ist nicht ohne weiteres klar. Hält sich dieser Vertrauensmann nicht immer in München auf? Reist er zwischen Berlin und München hin und her? Im Zeitalter des Telephons und der Finanznot berührt die Bestellung dieses Herrn doch etwas sehr merkwürdig, sodaß nur die Erklärung übrig bleibt, daß die Reichsregierung durch Wiederaufleben-lassen des alten Zustandes der bayrischen Regierung, die seinerzeit die Einziehung der Reichsgesandtschaft nicht gern gesehen hat, aus besonderen, naheliegenden Gründen eine Freundlichkeit erweisen will. Aber ob der Vertrauensmann ausreicht, für das Kabinett von Papen in der bayerischen Hauptstadt gut Wetter zu machen, darf man doch bezweifeln.

Dienstag Vertreter der Reichstagsmehrheit beim Reichspräsidenten.

Das letzte Wort über die Reichstagsauflösung noch nicht gesprochen.

Der Empfang des Reichstagspräsidiums.

× **Berlin**, 9. Sept.

Der angekündigte Besuch des Reichstagspräsidiums fand heute vormittag noch vor der angesetzten Zeit kurz vor 11¼ Uhr statt. Im ersten Wagen saß der Reichstagspräsident Göring, während im zweiten Wagen die Vizepräsidenten Esser, Graef und Rauch Platz genommen hatten. Göring wurde von den anwesenden Neugierigen, die den Bürgersteig an der gegenüberliegenden Seite dicht gedrängt besetzt hielten, mit stürmischen Heilrufen begrüßt. Um 11,40 Uhr verließen die Herren das Haus des Reichspräsidenten wieder.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch ist kurz und nichtssagend. Es heißt darin lediglich:

„Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor. Der Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Hieran schloß sich eine kurze Aussprache über die politische Lage."

Wie das dem WTB angegliederte Conti-Büro erfährt, wohnte dem Empfang Staatssekretär Meißner bei. In der Aussprache, die etwa 20 Minuten dauerte, kamen alle Herren des Präsidiums zu Wort. Reichstagspräsident Göring legte dar, daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit habe. Der deutschnationale Vizepräsident Graef widersprach aber diesen Ausführungen grundsätzlich mit dem Hinweis darauf, daß es nicht Aufgabe des Reichstagspräsidiums sei, politische Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten einzuleiten. Auch der Reichspräsident stellte sich auf einen ähnlichen Standpunkt, fügte aber hinzu; er habe nichts dagegen, daß die Herren ihre Auffassungen zum Ausdruck brächten. — Die Herren Göring und Esser haben dann dem Reichspräsidenten ihren Standpunkt in dem Sinne auseinandergesetzt, wie er durch die Erklärungen bekannt ist, die in den letzten Tagen von führenden Stellen ihrer Parteien abgegeben worden sind. Die Ausführungen des Präsidenten Göring gipfelten in der Bitte an den Reichspräsidenten, seine letzten Entschließungen nicht eher zu fassen, als er die Führer der großen Parteien empfangen und ihre Anschauung kennen gelernt habe, damit der Versuch gemacht werde, eine Zusammenarbeit zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag herbeizuführen. Der Reichspräsident hat sich seine letzte Entscheidung vorbehalten. Damit war die Aussprache beendet.

An Stellen, die der Reichsregierung nahestehen, verlautet, daß der Reichspräsident während der Besprechung keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er nicht die Neigung habe, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen, daß vielmehr das jetzige Kabinett sein Vertrauen habe. Auch sonst wird von dieser Seite und auch von den Deutschnationalen versucht, Verlauf und Ergebnis der Aussprache möglichst ungünstig für die Absichten des Zentrums und der NSDAP hinzustellen. So heißt es in einer Meldung der Telegraphen-Union, die bekanntlich zu dem Presseapparat Hugenbergs gehört, der Reichspräsident werde zwar voraussichtlich, dem Wunsche des Reichstagspräsidiums entsprechend, die Führer der Parteien noch empfangen, um alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten auszuschöpfen, aber es sei nicht anzunehmen, daß diese Besprechungen noch irgendein Ergebnis haben würden. Es könne sich für NSDAP und Zentrum nur darum handeln, ob sie mit dem Kabinett Papen zusammenarbeiten wollen oder ob sie die Reichstagsauflösung vorziehen. Allgemein halte man die Reichstagsauflösung für gewiß. Die Neuwahlen würden in der verfassungsmäßigen Zeit stattfinden, falls sich nicht noch die innerpolitische Lage durch besondere Umstände und Ereignisse bedrohlich gestalten sollte. In diesen Sätzen ist deutlich die Reichskanzlei oder ihre Pressestelle als Informationsquelle zu spüren.

*

Der Kampf um das Präsidialkabinett.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 9. September. (Drahtb.)

Die Erwartungen, die von allen politischen Kreisen, denen die Volksvertretung noch etwas gilt, auf den Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten von Hindenburg gesetzt worden waren, erfüllten sich in jeder Beziehung. Mit Absicht wird von der regierungsfreundlichen Presse der Verlauf des Besuches vollkommen falsch geschildert und die Unterredung wird so hingestellt, als ob der Reichspräsident eine politische Auseinandersetzung für unzweckmäßig betrachtet habe. Dem gegenüber sind wir auf Grund guter Informationen in der Lage, zu erklären,

daß der Empfang beim Reichspräsidenten von Hindenburg genau in der Form verlaufen ist, wie sie von den Mitgliedern des Reichstagspräsidiums, abgesehen von dem deutschnationalen Abgeordneten Gräf, der glaubte eine Extratour tanzen zu müssen, gewünscht worden war.

Wenn auch die Unterredung nur verhältnismäßig kurze Zeit dauerte, so hat sie doch auf den Reichspräsidenten einen starken Eindruck gemacht.

Wie wir hören, betonte Reichstagspräsident Göring zunächst die ihm vom Reichstag erteilte Ermächtigung, dem Reichspräsidenten davon Mitteilung zu machen, daß die Mehrheit eines arbeitsfähigen Reichstages gegeben sei. Durch diese Mitteilung sollte die völlige Ausschaltung des Reichstages verhütet werden.

Der Zentrumsabgeordnete Esser gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß der Reichspräsident schon dadurch, daß er in die politische Aussprache eingetreten sei, die Legitimation des Reichstagspräsidiums hierfür anerkannt habe. Früher sei die Vorstellung des Präsidiums nur ein formaler Akt gewesen. Wenn jetzt über Politik gesprochen werde, so hänge das mit dem großen Ernst der Lage zusammen. Schon seit zwei Jahren habe der Reichstag große Zurückhaltung geübt. Wenn er aber völlig ausgeschaltet werden sollte, so müsse darin ein großes Unglück für das deutsche Volk erblickt werden. Für das Zentrum könne er nur sagen, daß es zur Schaffung einer tragfähigen Mehrheit des Reichstages bereit sei. Seine politischen Freunde hielten es für zweckmäßig, dem Herrn Reichspräsidenten die Meinung der Partei vorzutragen. Vizepräsident Esser wies auch darauf hin, daß die Regierung von Papen nicht den Versuch gemacht habe, sich dem Reichstag zu stellen, um zu erproben, ob sie das Vertrauen des Reichstages besitze. Die Entscheidung des Volkes sei gegen die Reichsregierung ausgefallen. Da von zahlreichen aufeinanderfolgenden Wahlkämpfen nur Schlimmes für das deutsche Volk zu erwarten sei, so sei diese Aussprache mit dem Herrn Reichspräsidenten notwendig.

Wenn der Reichspräsident gesagt hat, er sehe im Augenblick keine Notwendigkeit, dem Reichskabinett oder einem seiner Mitglieder das Vertrauen zu entziehen, so war eine andere Haltung des Reichspräsidenten bei dieser Gelegenheit durchaus nicht zu erwarten. Eine endgültige Entscheidung ist damit jedoch nicht getroffen.

Die Unterredung ergab, daß es dem Reichspräsidenten darauf ankommt, keine Brücke abzubrechen, sondern daß er den festen Willen hat, mit der Vertretung des Volkes, d. h. mit dem Reichstag, zusammen zu arbeiten. Dieser Wille des Reichspräsidenten dokumentiert sich am deutlichsten in der Tatsache, daß am Dienstag mittag von ihm die Vertreter des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der Nationalsozialisten zu einer Aussprache über die politische Lage und den Inhalt der Notver-

ordnung empfangen werden. Bei dieser Besprechung wird auch Reichskanzler von Papen zugegen sein.

Die hämischen Bemerkungen, mit denen die regierungsfreundliche Presse den Besuch des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten glaubt abtun zu können, sind somit vollkommen verfehlt. Dem Reichspräsidenten wurde offenbar durch die Unterredung mit den Herren vom Reichstagspräsidium zum erstenmal klar vor Augen geführt, wie antisozial sich die neue Notverordnung auswirken muß. Es ist bekannt, daß der Reichspräsident den Reichskanzler vor der Ausarbeitung der Notverordnung gebeten hat, besondere Rücksicht auf die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft zu nehmen. Dieser Wunsch wurde nicht berücksichtigt. Wie verheerend die in der Notverordnung gegen die Arbeiterschaft enthaltenen Bestimmungen sich auswirken könnten, wird dem Reichspräsidenten am Dienstag bei dem Empfang der Parteiführer nochmals klar vor Augen geführt werden. Ebenso dürfte auf den Reichspräsidenten der Umstand nicht ohne Wirkung bleiben, daß

eine Auflösung des Reichstages, der noch weitere Auflösungen folgen müßten, für die deutsche Wirtschaft die schwersten Schäden mit sich bringen müßte.

Durch eine Fortdauer der politischen Unruhe fände kaum ein Unternehmer den Mut, sich in irgendwelche Geschäfte einzulassen und damit zur Beschäftigung von Arbeitslosen beizutragen. Einen ganz besonderen Eindruck haben auf den Reichspräsidenten auch die Ausführungen gemacht, die Abgeordneter Joos am Donnerstag vor den Berliner Vertretern der Zentrumspresse dargelegt hat. Aus bestimmter Quelle hören wir, daß auch durch die Ausführungen des Abgeordneten Joos viele Unternehmer hellhörig geworden sind. Sie sehen ein, daß die Fortdauer der politischen Unruhe nicht zum wirtschaftlichen Nutzen ausschlagen könne.

Es verlautet sogar, daß sich am Freitag nachmittag beim Reichskanzler von Papen hervorragende Vertreter des Unternehmertums eingefunden haben, um ihn auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen.

Auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", die bisher das Präsidialkabinett von Papen in überschwänglichen Tönen lobte, ist eine auffallende Umstellung zu bemerken. Man hat daher durchaus keine Veranlassung, sich durch die tendenziösen Meldungen der regierungsfreundlichen Zeitungen und Nachrichtenbüros beeinflussen zu lassen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die Reichsregierung hat, wenn sie sich auch einen solchen Anschein gibt, den Sieg noch nicht davongetragen. Bis zum Dienstag ist wieder einmal alles in der Schwebe.

Die Reichstagsauflösung ist durchaus nicht unvermeidlich, zumal auch die Nationalsozialisten offenbar gegen ein Präsidialkabinett nichts einzuwenden haben. Allerdings darf nach Ansicht der Nationalsozialisten an der Spitze eines solchen Kabinetts kein Reichskanzler stehen, der von Papen heißt.

Der geschäftsordnungsmäßige Verlauf der Dinge wird folgendermaßen sein: Am Montag nachmittag gibt der Reichskanzler die Erklärung der Reichsregierung ab. Am gleichen Tage finden Beratungen der Fraktionen statt. Für das Zentrum ist außerdem noch auf Montag vormittag der geschäftsführende Parteivorstand zu einer Sitzung einberufen. Am Dienstag mittag ist, wie bereits bemerkt, Empfang der Vertreter des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der Nationalsozialisten beim Reichspräsidenten. Am Mittwoch soll die politische Aussprache beginnen. Das Ende der Aussprache hängt von der am Dienstag stattfindenden Unterredung beim Reichspräsidenten ab.

Am Freitag abend fand im Reichstag eine Besprechung zwischen Abgeordneten des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten statt, in der über den Ausgang des Empfanges beim Reichspräsidenten Stellung genommen wurde. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den drei Parteien werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Klausener bleibt.

:: **Berlin,** 9. September.

In der Presse werden immer wieder Gerüchte wiedergegeben über einen Wechsel in der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, die Ministerialdirektor Klausener innehat. Von zuständiger Seite wird dazu erklärt, daß eine Entsetzung Dr. Klauseners von seinem Posten nicht beabsichtigt ist. In Uebereinstimmung mit den amtlichen preußischen Stellen wird in zuständigen Kreisen der Reichsregierung weiter betont, daß auch die Gerüchte von der Berufung eines höheren Reichswehroffiziers in die Stelle des Leiters der Polizeiabteilung völlig falsch sind.

Die Eisenbahnergewerkschaften beim Reichsverkehrsminister.

¶ **Berlin,** 9. September.

Der Reichsverkehrsminister empfing heute die Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter, um deren Wünsche entsprechend mit ihnen zur Frage der Entlassung von Eisenbahnarbeitern zu besprechen. Der Minister erklärte, daß er die Notwendigkeit der Entlassungen sehr bedaure, und daß er über Wege der Milderung mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft bereits seit längerer Zeit verhandele. Der Beschluß, Arbeiter zu entlassen, sei von der Reichsbahn angesichts der Finanzlage schon Anfang des Sommers, sehr erhebliche Zeit vor der Entstehung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, gefaßt worden. Die Reichsbahn werde nunmehr durch die ihr aus den Steuergutscheinen zufließenden Mittel in den Stand gesetzt, zurückgestellte Arbeiten wieder aufzunehmen. Sie werde dabei auch Oberbauarbeiten ausführen lassen, bei denen ein nicht unerheblicher Teil der zur Entlassung vorgesehenen Leute über den 1. Oktober hinaus Beschäftigung finden könne. Die Beratungen seien noch nicht abgeschlossen und würden fortgesetzt. Die Gewerkschaften vertraten die Auffassung, daß durch anderweitige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Betriebe, insbesondere durch Einlegung von Feierschichten, die Entlassungen weiter eingeschränkt werden könnten. Der Reichsverkehrsminister sagte zu, diese Frage im Benehmen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft sofort zu prüfen.

Vor der Aufklärung der Königsberger Attentate.

Der Schlupfwinkel der Täter.

◆ **Königsberg,** 9. September.

Wie gestern mitgeteilt, ist im Zusammenhang mit den blutigen Ausschreitungen am 1. August der Rittergutsbesitzer Georg v. Perbandt auf Pomedien unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Nachdem die Ermittelungen der Polizei in Königsberg bereits die Täterschaft nationalsozialistischer Sturmtrupps einwandfrei ergeben hatten, wurde die Aufmerksamkeit auf den Rittergutsbesitzer von Perbandt gelenkt, der seit längerer Zeit sich nationalsozialistisch betätigt und den aus Königsberg nach Durchführung der Anschläge geflüchteten Personen Unterschlupf gewährt haben soll. Die Verhaftung ist bereits vor drei Tagen erfolgt, wurde aber geheim gehalten, da man zahlreichen weiteren Verdächtigen auf der Spur war. Durch die voreilige Veröffentlichung des kommunistischen „Echo des Ostens" in einem Extrablatt wurden aber die Täter gewarnt und sind auf Danziger Gebiet geflüchtet. Ein ausführlicher Bericht ist dem Sonderkommissar der Reichsregierung, Oberregierungsrat Dr. Diehls, erstattet worden.

Die Verhaftung des Rittergutsbesitzers von Perbandt erregte besonderes Aufsehen, da die Familie zu den wenigen ursprünglich eingeborenen Edelingen der Provinz gehört und sich durch den Besitz des ehemaligen Majorats Langendorf bei Tapiau, das der ältere Bruder des Verhafteten verwaltet, eine hervorragende Stellung unter den ostpreußischen Großgrundbesitzern erhalten hat. Georg von Perbandt war, wie sein Bruder, früher Offizier bei dem 8. Kürassier-Reg. in Königsberg und hat darin auch am Kriege teilgenommen. Der Vater, der vor einigen Jahren verstorben ist und mit einer Nachkommin des großen Pioniers der deutschen Landwirtschaft Thaer verheiratet war, hatte sich einen Namen als Musterlandwirt und Züchter gemacht. Die beiden Söhne gehörten früher dem Stahlhelm an und haben sich erst in letzter Zeit den Nationalsozialisten angeschlossen. Seitdem gelten die beiden Güter Langendorf und Pomedien als ein Zentrum der nationalsozialistischen Agitation. Zugleich auch hatten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf diesen ehemaligen Musterbetrieben sehr erheblich verschärft.

★

Neue Verhaftungen in Ostpreußen.

Osterode (Ostpreußen), 9. September.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Bomben- und sonstigen Anschlägen, namentlich in Südostpreußen, wurden drei hiesige Nationalsozialisten festgenommen. Sie sollen vom Heldenfriedhof in Dröbnitz im Kreise Osterode drei dort aufgestellte alte 15-cm-Granaten gestohlen und bei einem Anschlag auf ein Osteroder Kaufhaus am 9. August verwendet haben.

Schwere Kesselexplosion in Newyork.

Bisher 37 Todesopfer.

:: **Newyork,** 9. September.

Bei einer Kesselexplosion auf einem Arbeitsboot auf dem Eastriver in der Newyork-Stadt wurden 37 Personen getötet. 50 Personen sind noch vermißt, 100 wurden verletzt.

Das Unglücksschiff ist der Dampfer „Observation", der von der Stadtverwaltung zur Beförderung von Arbeitern von und nach Rikers Island am Eastriver, wo z. Zt. die städtische Strafanstalt gebaut wird, gechartert war. Augenzeugen, die vom Ufer des Stadtteils Bronx und von Rikers Island aus die Katastrophe beobachteten, erklären, daß sie plötzlich aus der „Observation" eine Rauchwolke aufschießen sahen. Als der Rauch sich verzogen hatte, war das Schiff verschwunden, und man sah noch die im Wasser um ihr Leben kämpfenden Menschen. Die Ursache der Katastrophe ist bis zur Stunde ungeklärt. Bei dem Bau der städtischen Strafanstalt auf Rikers Island werden etwa 700 Arbeiter beschäftigt.

Auf dem Unglücksboot „Observation" befanden sich im Augenblick der Katastrophe etwa 200 Arbeiter. Sofort nach der Explosion — die Detonation war weithin hörbar — eilten Polizeiboote und andere Fahrzeuge, insbesondere Rettungsboote, zur Unglücksstelle. Fast alle geretteten Fahrgäste der „Observation" haben Verletzungen davongetragen. Das Fährboot ist durch die Explosion, die sich in der Nähe der Piers ereignete, in Stücke gerissen.

★

Grauenvolle Einzelheiten.

:: **Newyork,** 9. September.

Die folgenschwere Explosion an Bord des Dampfers „Observation" ereignete sich fast an derselben Stelle, an der vor 28 Jahren der Dampfer „General Soclum" brennend unterging. Die Berichte der Ueberlebenden der heutigen Katastrophe geben ein grauenhaftes Bild. Zahlreiche Arbeiter wurden hoch in die Luft geschleudert und stürzten in die Tiefe mitten hinein in Schiffstrümmer und die um ihr Leben kämpfenden Menschen. Ueberdies hatte sich das siedende Wasser des Kessels in den Strom ergossen, sodaß die Schwimmenden vielfach auch noch Verbrühungen erlitten. Einer der aus dem Wasser Aufgefischten wurde von einem herabfallenden Mann getroffen und versank ein zweites Mal. Ein Augenzeuge will gesehen haben, daß der Kessel des Fährbootes wie eine Rakete in die Luft schoß. Ein Mann wurde in hohem Bogen in das Fenster einer Kraftstation, die etwa 50 Meter vom Ufer entfernt ist, hineingeworfen.

Der Staatsrat über Reichskommissar, Landkreisreform und Sondergerichte.

= **Berlin,** 9. September.

In der gestrigen Vollsitzung des Preußischen Staatsrats wurde die durch

die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen

entstandene staatsrechtliche Lage erörtert. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei fand ein in den Ausschüssen vorbereiteter

Antrag Annahme, wonach die Einsetzung des Reichskommissars und die Enthebung der preußischen Staatsminister von ihren laufenden Geschäften mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehe und wonach der Staatsrat bis zum Erlaß der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zwar sachlich an den Vorlagen der kommissarischen Staatsregierung mitarbeiten wolle, ohne jedoch dadurch ihre Rechtsgültigkeit anzuerkennen.

Der Staatsrat nahm dann eine Antwort der Staatsregierung zur Kenntnis auf eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft über die Tilgung der den Gemeinden zur Durchführung von Notstandsarbeiten gewährten Reichs- und Staatsdarlehen. Die Regierung hat eine entgegenkommende Handhabung zugesagt, je nach den Verhältnissen der einzelnen Darlehnsnehmer. Eventuelle Anträge auf Verlängerung der Tilgungsfrist und Gewährung von Stundungen sollen wohlwollend behandelt werden.

Heute beschäftigte sich der Staatsrat mit der

Verordnung über die Neugliederung preußischer Landkreise.

Der gemeinsame Verfassungs- und Gemeindeausschuß hatte einen Antrag vorgelegt, in dem die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung und Aufteilung von Landkreisen als Sparmaßnahmen anerkannt, jedoch eine schleunige Nachprüfung der Verordnung dahin für erforderlich erachtet wird, inwieweit die vorgebrachten Beschwerden der verschiedenen Bevölkerungskreise berechtigt sind und inwieweit ihnen abgeholfen werden kann. Dem Staatsministerium wird eine Entschließung zur Berücksichtigung empfohlen, wonach eine Aenderung der Bestimmungen über die Auseinandersetzung bei den Provinzen vorgeschlagen wird. Danach soll insbesondere auf eine zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Beamten Bedacht genommen werden; sie sollen verpflichtet werden, in den Dienst des übernehmenden Provinzialverbandes überzutreten. Im übrigen wurden Einwendungen nicht erhoben.

Der Vertreter des Innenministeriums erklärte, daß der Schwerpunkt der Ersparnisse bei der Kommunalverwaltung liege. Es würden immerhin einige Millionen erspart. Die Wünsche der Angestelltenverbände würden nachgeprüft werden.

Hierauf wurde der Ausschußantrag gegen die Kommunisten angenommen.

Es kam auch noch zu einer Debatte über

die Einsetzung von Sondergerichten.

Annahme fand ein Antrag des Verfassungsausschusses, die Staatsregierung zu ersuchen, in den Fällen die Strafvollstreckung auszusetzen und die in Haft Befindlichen sofort freizulassen, wenn die Straftaten vor dem 10. August d. Js. begangen wurden und in denen die Sondergerichte zur Verurteilung gelangten. Gegen diesen Antrag stimmten die Rechtsparteien und die Wirtschaftspartei. Seine Annahme erfolgte mit 32 gegen 28 Stimmen.

Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der eine Aenderung dahin haben will,

daß vor dem 10. August d. Js. begangene Straftaten nicht mehr vor den Sondergerichten verhandelt werden dürfen und daß in erledigten Verfahren dieser Art den Verurteilten das Recht gewährt werden soll, vor dem ordentlichen Gericht Berufung einzulegen.

Ein Regierungsvertreter hatte noch erklärt, es werde die Frage geprüft, ob hinsichtlich der Beschleunigung der Abfertigung der Urteile etwas geschehen könne. Er hatte sich gegen die beiden zur Annahme gelangten Anträge ausgesprochen.

Die Notverordnung über den preußischen Etat für 1932 wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Der Staatsrat vertagte sich auf den 27. September.

Wiederaufnahme der Abgabe von verbilligtem Fleisch.

:: **Berlin,** 9. September.

Die verbilligte Abgabe von Frischfleisch wird, wie WTB-Handelsdienst erfährt, voraussichtlich am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Die Verbilligung soll, wie im Vorjahre, 20 Reichspfennig pro Pfund betragen, auch der Kreis der Bezugsberechtigten soll der gleiche sein, wie bei den früheren Aktionen. Die Mittel für die Fleischverbilligung werden wiederum vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Vor einem Konkordat in Baden.

◇ **Karlsruhe,** 9. September.

Der Abschluß eines Konkordats in Baden steht unmittelbar bevor. Kultusminister Dr. Baumgartner hat sich mit einem hohen Vertreter der Freiburger Kirchenbehörde Anfang August nach Rom begeben. Dieser Reise hatte sich auch der Chef der Badischen Zentrumspartei angeschlossen. Die Verhandlungen zwischen dem Kardinalstaatssekretär Pacelli einerseits und den badischen Regierungs-, Kirchen- und Parteivertretern andererseits haben zur grundsätzlichen Einigung geführt, der das badische Staatsministerium bereits im wesentlichen beigetreten ist. Der in Kürze zusammentretende Badische Landtag wird sich also bereits mit der Konkordatsfrage zu beschäftigen haben. Auch mit der evangelischen Kirche sind Verhandlungen aufgenommen worden mit dem Ziele, auch mit ihr zu einem entsprechenden Vertragsabschluß zu kommen.

Die französische Antwort in London vorgelegt.

♥ **London,** 9. September.

Der französische Botschafter sprach heute morgen im Foreign Office vor und wurde von Sir John Simon empfangen. De Fleuriau übergab dem Staatssekretär des Aeußern zu seiner Information einen Entwurf der Note, die die französische Regierung als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 29. August absendet. Angesichts aller gegenseitigen Veröffentlichungen betonte das Foreign Office die Notwendigkeit, klar zu wissen, daß das Dokument nicht für Zwecke der Beratungen, sondern der Information übermittelt wurde. Sir John Simon dankte de Fleuriau für seine Freundlichkeit. Wie erinnerlich, ist die deutsche Note bereits der britischen Regierung zur Information übergeben worden. Die britische Regierung ist daher im vollen Besitze der tatsächlichen Unterlagen im Zusammenhang mit der letzten Phase der französisch-deutschen Besprechungen, die weiterhin auf das sorgfältigste verfolgt werden.

Krieg zwischen Bolivien und Paraguay.

:: **Asuncion** (Paraguay), 10. Sept.

Die bolivianischen Truppen haben nach schwerer Beschießung die im Chaco-Gebiet liegenden Städte Rozo und Valencia angegriffen. Die paraguayischen Truppen leisteten äußersten Widerstand. Die Regierung von Paraguay teilt mit, daß sie sich mit Bolivien als im Kriegszustand befindlich betrachte, obwohl der Krieg noch nicht erklärt sei.

Der neue Bischof von Eichstätt.

÷ **München,** 9. Sept.

Der Apostolische Nuntius Vasallo di Torregrossa teilte dem Ministerpräsidenten Dr. Held mit, daß Papst Pius IX. den Münchener Domkapitular Dr. Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos zum Bischof von Eichstätt ernannt habe. Graf von Preysing wird damit der Nachfolger des am 20. Juni d. J. verstorbenen Bischofs Leo Mergel.

Vor der Verwirklichung der ersten Fluginsel der Welt.

◆ **Bremen,** 8. September.

Wie verlautet, hat das Werk G.-G. Weser der Deschimag en Auftrag erhalten, den Lloyddampfer „Westfalen" als Flugzeugmutterschiff aus- bezw. umzubauen. Es besteht die Absicht, in engster Zusammenarbeit mit der Schiffahrt die Postbeförderung im Südatlantik weiter auszubauen und zu beschleunigen. Die Deutsche Lufthansa soll mit den beiden Dornier-Walen „D 2068" und „D 2069" zunächst zur Weiterführung der Flugstrecken von Las Palmas Vorbereitungen für eine Zwischenlandestelle mitten im Südatlantik durch den von ihr gecharterten Lloyddampfer „Westfalen" durchführen. Die „Westfalen" wurde im Jahre 1915 auf der Werft Tecklenburg in Wesermünde erbaut.

Das Schiff wird seinen Standort voraussichtlich zwischen Bathurst (Britisch-Gambia) oder einem benachbarten Punkt in der vor Pernambuco gelegenen Insel Fernando Noronha haben. Diese erste Fluginsel der Welt soll mit einer Landevorrichtung mit Vorratsräumen für Brennstoff und Ersatzteile sowie mit einer Funkpeilstation ausgerüstet werden. Mit der Verwirklichung des viel erörterten Gedankens, eine solche Flugzeugstation im Atlantik zu errichten, dürfte nach Abschluß der zahlreichen Probeversuche in absehbarer Zeit zu rechnen sein. Damit wäre ein durchgehender Postflugdienst von Deutschland über Las Palmas nach Brasilien gesichert.

Neugründung des Weltverbandes katholischer Pädagogen.

:: **Wien,** 8. September.

Die Weltkonferenz katholischer Pädagogen fand heute hier statt. Die Konferenz faßte unter Zustimmung von mehr als 40 katholischen Lehrerorganisationen mit zusammen mehr als 200 000 Mitgliedern weltlichen und geistlichen Standes aus allen Schulkategorien den Beschluß, den Weltverband katholischer Pädagogen wieder zum Leben zu erwecken. Dem Weltverband beizutreten haben sich grundsätzlich bereiterklärt die katholischen Lehrervereinigungen von Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Jugoslavien, Luxemburg, Polen, Oesterreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Ukgarn und der Vereinigten Staaten. Zum Präsidenten wurde Universitätsprofessor Dr. Johnson-Washington gewählt. Der Weltverband katholischer Pädagogen soll nach den Satzungen die übernationale Vereinigung der katholischen Lehrer und Lehrerinnen, weltlichen und geistlichen Standes, aller Grade und aller Schularten, öffentlichen und privaten Charakters, sein zum Zwecke der Förderung der Erziehungswissenschaft und der praktischen Erziehung in echt katholischem völkerverbindenden Geiste. Die Konferenz faßte hierauf einstimmig mehrere Entschließungen, darunter eine, in der die Zusammenschließung der Elternverbände angeregt wird. In einer anderen Entschließung wird der Austausch katholischer Lehrer und Schüler unter den verschiedenen Ländern begrüßt und die angeschlossenen Verbände dazu angeregt, aus den Büchern alle Stellen auszumerzen, die sich gegen die Religion und gegen die Achtung anderer Völker richten.

Kleine Nachrichten.

Der Reichskanzler hatte Freitag mittag eine längere Besprechung mit den Vertretern der Grünen Front. Auf Seiten der Grünen Front waren u. a. die Herren Brandes, Fehr und Dr. Hermes daran beteiligt.

Die kommunistische „Rote Fahne" in Berlin ist wegen schwerer Beschimpfung und Verächtlichmachung der Reichsregierung für vier Wochen verboten worden, die periodische Druckschrift „Antifaschistische Aktion" aus gleichem Grunde und wegen Aufforderung zur Gewalttätigkeit gegen politisch Andersdenkende bis zum 28. Februar 1933, die sozialdemokratische „Ostthüringer Tribüne" bis zum 22. September.

Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer hielt am Freitag in Karlsruhe eine Besprechung mit den Schlichtern aus dem ganzen Reiche ab. Gegenstand der Besprechungen waren die sozialpolitischen Maßnahmen in dem neuen Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

★

Feuersbrunst in einer Papierfabrik.

¶ **Malmedy,** 9. Sept. Ein Brand brach heute in einem 100 Meter langen Lagerraum der Papierfabrik Steinbach aus und dehnte sich so rasch aus, daß in etwa 10 Minuten der Lagerraum vollständig vernichtet war. Das Feuer griff weiter auf acht bis neun Lagerräume über, die gleichfalls ein Raub der Flammen wurden, darunter auch ein zweistöckiges Gebäude, in dem sich modernste Papierverarbeitungsmaschinen befanden. Außerdem sind ungeheure Mengen Rohstoffe und Fertigwaren dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Schaden soll in die Millionen gehen. Nach einer amtlichen Mitteilung der Stadtverwaltung ist es lediglich der Eupener Wehr, die trotz 40 Kilometer Entfernung zuerst am Brandherd eintraf, zu verdanken, daß das Feuer sich nicht weiter ausdehnen konnte. Die Papierfabrik Steinbach ist nicht allein die größte Papierfabrik Belgiens, sondern auch eine der bedeutendsten des europäischen Festlandes. Man nimmt an, daß das Feuer infolge Selbstentzündung oder auch durch Kurzschluß entstanden ist.

Beilage

Aus Westdeutschland.

Schädigung der Wege durch Lastkraftwagen.

In den letzten Jahren sind wiederholt beim Reichsverkehrsminister Vorstellungen gemacht worden, daß Vorschriften gegen das systematische Ueberladen der Lastkraftwagen erlassen werden. Trotz der eindringlichen Vorstellungen hat der Reichsverkehrsminister sich im Augenblick zu einer Aenderung der Gewichts- und Bereifungsvorschriften nicht entschließen können. Für später sind Aenderungen der Bestimmungen über den Felgendruck und die Höchstgeschwindigkeiten beabsichtigt.

Um kommunalen Anträgen, deren Berechtigung anerkannt wird, entgegenzukommen, hat der Minister die führenden Interessenverbände des Lastkraftwagenverkehrs eindringlich darauf hingewiesen, daß künftig die bestehenden Gewichts- und Bereifungsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Schonung der Landstraßen eingehalten werden müssen. Er hat hierbei u. a. folgendes erklärt: „Ich muß dringend ersuchen, Ihre Mitglieder zu einer strengen Beachtung der bestehenden Gewichts- und Bereifungsvorschriften für Kraftfahrzeuge anzuhalten. Ich hoffe, daß Ihr Mahnruf an Ihre Mitglieder nicht unbeachtet bleiben wird. Andernfalls würde ich mich, nicht zuletzt im eigenen Interesse der Kraftfahrzeughalter, die auf die Straßen angewiesen sind, genötigt sehen, eine Aenderung der Kraftfahrzeugordnung in Erwägung zu ziehen."

Sollen die Durchgangsstraßen in den kleinen Städten verfallen?

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen noch weitere 30 Millionen Mark für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung erfolgt durch die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die dem Vernehmen nach beabsichtigt, diesen Betrag nur an größere Städte zu vergeben. Der Reichsstädtebund hat deshalb darauf hingewiesen, daß die bisher für den Straßenbau bereit gestellten Mittel in erster Linie den Provinzen und Landkreisen zugeflossen sind. Da die Landkreise die Mittel restlos für ihren eigenen Straßenbau benötigen, bleibt für die kreisangehörgen Städte nichts übrig, obgleich auch sie in nennenswertem Umfange Durchgangsstraßen zu unterhalten haben. Der Reichsstädtebund betont, daß auch die kreisangehörigen Städte bei der Vergebung der neuen bereit zu stellenden Mittel angemessen berücksichtigt werden müssen, um ihre Durchgangsstraßen wenigstens einigermaßen in Ordnung halten zu können.

Mord in Gelsenkirchen.

500 Mark Belohnung.

Gelsenkirchen, 9. September.

Die in Gelsenkirchen und Umgegend an den verschiedensten Stellen von der Kriminalpolizei zum Aushang gebrachten roten Plakate kündeten davon, daß sich wiederum, und zwar in Gelsenkirchen ein grauenhafter Mord ereignet hat. Hier wurde gegen 6,30 Uhr auf dem südlichen Weg der Zeppelin-Allee der 28 Jahre alte Wirtssohn Hense ermordet aufgefunden. Ein städtischer Fürsorgearbeiter, der den Wachtdienst in den Anlagen der Zeppelin-Allee versah, fuhr heute früh mit seinem Fahrrade von der Baubude am Schwarzbach durch den südlichen Weg der Zeppelin-Allee. Da sah er einen Mann auf dem Rücken liegen, auf dessen Brust ein anderer Mann saß. Der Wächter nahm an, daß es sich um zwei Betrunkene handele. Der Mann, der auf der Brust des am Boden Liegenden saß, hielt die Hände vor sein Gesicht. Der Wächter nahm an, daß der Mann schlief und fuhr weiter. Um 6,39 Uhr wurde der Wächter von einem anderen Fürsorgearbeiter davon benachrichtigt, daß an der genannten Stelle ein todwunder Mann läge. Der Arbeiter hatte ein leises Röcheln vernommen und so den Schwerverletzten gefunden. Beim Eintreffen des Krankenwagens war der Mann bereits tot. Die Leiche wurde zunächst in das Evangelische Krankenhaus transportiert. Die zentrale Mordkommission Essen stellte fest, daß ein heftiger Kampf vorangegangen sein muß. Das zertretene Gras, größere und kleinere Blutlachen sowie andere Umstände deuten darauf hin, daß Hense sich heftig zur Wehr gesetzt hat. Der Mörder hat wahrscheinlich auf sein Opfer mit einem Stein eingeschlagen. Der Stein, an dem Blutspuren gefunden wurden, lag in der Nähe des Ermordeten. Die polizeilichen Feststellungen haben bereits zur Ermittlungen mehrerer Personen geführt. Der mutmaßliche Täter wird wie folgt beschrieben: 1,65—1,70 m groß, kräftig gebaut, trug dunklen oder blauen Anzug. Heute früh gegen 4,30 Uhr wurde diese Person in der Nähe des Hauptbahnhofs in Begleitung des Hense gesehen. Der Regierungspräsident in Münster hat auf die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von 500 ℳ ausgesetzt.

Straßenraub in Hamm.

:: **Hamm**, 9. September.

Donnerstag abend um 22 Uhr wurde der Kassierer der Hammer Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes auf der Heeßenerstraße von zwei Personen angesprochen, etwa 50 m begleitet, dann zu Boden geworfen und die Straßenböschung hinuntergestoßen. Während der eine der Täter auf dem Ueberfallenen kniete, raubte ihm der andere die Taschen leer. Als der Ueberfallene um Hilfe schrie, wurde ihm der Mund zugehalten und die Nase blutig geschlagen. Nach Ausführung der Tat flüchteten die Täter durch das offene Feld auf den Lohweg zu. Geraubt wurde u. a. ein braunes Lederportemonnaie mit etwa 6,90 Mark Inhalt, eine Nickeluhr, ein Markenbuch mit blauem Umschlag und etwa 150 Beitragsmarken des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Dorstfelder Schießerei vor dem Sondergericht.

)(**Dortmund**, 9. September.

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte wegen schweren Landfriedensbruchs die Kommunisten Rudolf Hantel und Fritz Lerbs zu je einem Jahr Gefängnis, und den 19 Jahre alten Nationalsozialisten Georg Kott wegen Waffenmißbrauch zu vier Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte parteilose Arbeiter Emil Volmarhaus wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Hantel neun Jahre, gegen Lerbs acht Jahre und gegen Volmarhaus fünf Jahre Zuchthaus und gegen den Nationalsozialisten Kott vier Monate Gefängnis beantragt. Am 23. Juni wollten Nationalsozialisten in der Kolonie Dorstfeld eine Versammlung abhalten, die von der meist aus Kommunisten bestehenden Bevölkerung zu verhindern versucht wurde. Als sich daher ein Zug von etwa 70 Nationalsozialisten dem Versammlungslokal näherte, wurden sie von einer etwa 1000 köpfigen Menschenmenge mit drohenden Zurufen empfangen. Die Menge, die von Hantel und Lerbs angeführt wurde, schloß die Nationalsozialisten immer mehr ein. Plötzlich setzte ein Steinhagel ein, dem eine allgemeine Schießerei folgte. Sowohl aus der Menge auf der Straße wie auch aus den Häusern und aus den Reihen der Nationalsozialisten wurde geschossen. Durch einen Schuß, der, wie in der Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, aus einem Hause abgegeben sein muß, wurde der Nationalsozialist Habenicht getötet, zwei unbeteiligte Arbeiter und ein Nationalsozialist wurden durch Schüsse und ein Nationalsozialist durch einen Steinwurf verletzt. Zu Beginn der heutigen Gerichtsverhandlung veranstalteten Kommunisten in den anliegenden Straßen Kundgebungen. Starke Polizeikräfte, die z. T. mit Karabinern ausgerüstet waren, hielten die Zugangsstraßen und die Eingänge des Gerichtsgebäudes besetzt. Sie mußten wiederholt gegen die demonstrierenden Kommunisten einschreiten.

Zehn Jahre Zuchthaus gegen Dr. Linden beantragt.

:: **Paderborn**, 9. September.

Die heutige Verhandlung im Paderborner Totschlagsprozeß gegen 13 Nationalsozialisten brachte nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Loer, der den nationalsozialistischen Arzt Dr. Linden für voll verantwortlich erklärte, das Plaidoyer des Staatsanwalts. Der Staatsanwalt hielt alle Angeklagten im Sinne der Anklageschrift für schuldig und beantragte gegen Dr. Linden wegen vollendeten Totschlags, Körperverletzung und Waffendeliktes eine Gesamtzuchthausstrafe von zehn Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Die Strafanträge gegen die übrigen 13 Angeklagten bewegen sich zwischen sechs Monaten und zwei Jahren Gefängnis.

Ermordet?

:: **Bielefeld**, 9. September.

Der SS-Mann Hüsgen wird, wie berichtet, seit einiger Zeit vermißt. Da die Polizei ein Verbrechen vermutet, hat sie verschiedentlich schon die Senne durch Polizeimannschaften usw. absuchen lassen, ohne jedoch Hüsgen zu finden. An der Stelle, wo Hüsgen das letzte Mal gesehen worden ist, will man jetzt ein Seitengewehr gefunden haben, das zwar etwas angerostet, dessen Spitze jedoch noch blank und sehr scharf gewesen sein soll. Das gefährliche Mordinstrument war in blutigen Lappen eingewickelt. Der Verdacht, daß Hüsgen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, verdichtet sich immer mehr.

Vom Packwagen getötet.

(:) **Essen**, 9. September.

Auf dem Essener Hauptbahnhof sollte in der Nacht zum Freitag ein Packwagen von einem Zug zum anderen umgesetzt werden. Infolge eines falschen Hebelgriffes des Weichenstellers stürzte der Packwagen um und begrub einen ihn begleitenden Rangierer unter sich. Dieser war auf der Stelle tot. Materialschaden entstand nicht, auch der Betrieb erfuhr keine Unterbrechung.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Kindesmörder.

+ **Essen**, 9. Sept.

Das Schwurgericht verurteilte den 53 Jahre alten Zimmermeister Oskar Stephan aus Borbeck wegen Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Der Staatsanwalt hatte sieben Jahre Zuchthaus beantragt. Der Angeklagte hatte am 27. Juni d. Js. in den Mittagsstunden seinem gleichnamigen 25jährigen Sohn mit einem Küchenmesser die Halsschlagader durchstoßen, sodaß der junge Mann in kurzer Zeit starb. Während der Sohn als friedliebender und nüchterner Mensch geschildert wird, wurden Vater und Mutter als starke Trinker geschildert. Auch an dem Mordtage hatten die Eltern morgens getrunken. Als der Sohn die Mutter fragte: „Hast du schon wieder getrunken?" ergriff der Vater ein Messer und stach auf den Jungen ein. Dieser erhielt einen Stich in den Hals und flüchtete zu Nachbarn, wo er verblutete. Zynisch rief der Vater noch hinterher: „Der Junge soll verrecken". Auch die Mutter äußerte sich in kaum glaublicher Weise.

Wanderzirkus Sarrasani aufgelöst.

× **Düsseldorf**, 8. Sept.

Mit Abschluß des Düsseldorfer Gastspiels hat Stosch-Sarrasani, der Besitzer des Zirkus, sich gezwungen gesehen, seinen Wanderbetrieb aufzulösen. Das gesamte rollende Material, die große Zeltstadt, das technische Zubehör und die Requisiten sind in die verschiedenen Depots der Wanderschau eingelagert worden, und der große Tierbestand ist dem Dresdner Stammhaus zugeführt worden. Ein großes Reich der Technik, das über drei Jahrzehnte hindurch in der Welt angesehen war, ist über Nacht zum toten Kapital geworden. Noch vor wenigen Wochen hatte der Zirkusbesitzer sich mit einem letzten Notschrei an die Reichsregierung gewandt: „400 Tiere aus aller Welt und 700 Arbeiter, die bisher Lohn und Brot hatten, stehen vor dem Verhungern. In dieser verzweiflungsvollen Stunde rufe ich Sie, Herr Reichskanzler, um Hilfe an. Ich beschreite diesen ungewöhnlichen Weg deshalb, weil es bei dem Zusammenbruch meines Zirkus' um mehr geht, als um ökonomische Werte, nämlich um Vernichtung höchster kultureller Werte, dann aber auch, weil mir die Menschen und Tiere, für deren Existenz ich mich moralisch verantwortlich halte, ans Herz gewachsen sind. Es geht um das letzte und beste Stück deutscher Volks- und nationaler Zirkuskunst, das uns die wirtschaftliche Not gelassen hat. Das deutsche Volk ist zu arm geworden für den Zirkus. Der Weg aus der Not kann daher nur im Ausland gefunden werden. Südamerika steht mir offen. Dort könnte die Verschuldung meines Unternehmens allein in allerkürzester Zeit aufgehoben werden. Die ideellen Werte, die damit erneut für die deutsche Sache geschaffen würden, wiegen schon die Tat auf. Helfen Sie mir, Herr Reichskanzler, diesen Weg zu gehen! Verhüten Sie den Zusammenbruch!"

Es ist, wie die „K. Z." sagt, gewiß nicht böser Wille des Reichs, wenn dieser Hilfeschrei, den der Reichskanzler an das Rechswirtschaftsministerium weiterleitete, bsher zu keiner positiven Lösung führte. So sind alle SOS-Rufe, die Stosch-Sarrasani in die Welt hinaussandte, ungehört geblieben. Aber viele Zuschriften beweisen dem Zirkusbesitzer das starke Interesse, daß das deutsche Volk an seinem Existenzkampf nimmt. Die russische Regierung hat den Besitzer des Zirkus aufgefordert, zu Ankaufsverhandlungen nach Moskau zu kommen. Stosch-Sarrasani hat seinen Wirtschaftsberater dazu entsandt.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger.

Düsseldorf, 9. September.

Am Freitag vormittag wurde in einem Hause in der Königsallee auf einen Geldbriefträger ein Raubüberfall verübt. Der Täter hatte sich in das Haus eingeschlichen, schlug den Geldbriefträger beim Eintreten nieder und beraubte ihn seines Geldes. Der Ueberfallene erlitt schwere Verletzungen am Kopf. Der Täter konnte noch nicht festgenommen werden.

Wieder ein Einbruch in ein Konsulat.

Köln, 9. September.

Nachdem erst am Montag das belgische Konsulat von Einbrechern heimgesucht worden war, haben in der vorvergangenen Nacht anscheinend dieselben Burschen dem tschechoslowakischen Konsulat einen Besuch abgestattet. Sie drangen vom Hof aus in die Büroräume ein und erbrachen sämtliche Behältnisse. Die Diebe hatten es offensichtlich auf die Pässe abgesehen, da die Konsulatsakten unberührt blieben. Den Tresor, in dem sich die Pässe, Stempel und Geld befanden, vermochten sie jedoch nicht zu öffnen. Was an unwesentlichen Gegenständen gestohlen wurde, steht noch nicht fest.

Ein 13jähriger Einbrecher.

Köln, 9. September.

Ein 13jähriger Volksschüler, der schon wiederholt mit der Polizei in Konflikt gekommen ist, sich aber noch noch nicht in der Fürsorge befindet, sondern dauernd im Walde und in Scheunen nächtigt, hat gestern wieder einen schweren Einbruch verübt. Er drang in eine Wohnung eines Arbeiters ein und stahl eine größere Geldsumme. Der Täter besaß sogar die Frechheit, wenige Zeit später mit seinem Bruder, der erst 10 Jahre alt ist und Schmiere stehen mußte, nochmals am selben Tage einen Einbruch in demselben Hause zu verüben; er wurde jedoch bei seinem Vorhaben gestört und flüchtete wieder in die anliegenden Wälder. Er hat auch wiederholt in der Dün Badenden Geld aus den Kleidern gestohlen. Die Polizei konnte ihn noch nicht fassen, da er nicht nach Hause zurückkehrt.

Protest der rheinischen Landwirtschaft gegen die Notverordnung.

¶ **Köln**, 9. September.

Der Hauptvorstand der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes hat zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß die Rettung von Wirtschaft und Nation nur möglich sei durch die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität. Mit Bedauern habe die einheimische Landwirtschaft feststellen müssen, daß in der Verordnung vom 4. September wirkungsvolle Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft, insbesondere der Veredelungswirtschaft durch Umstellung der Handelspolitik auf das Kontingentsystem sowie durchgreifende Maßnahmen zur wirkungsvollen Zins- und Lastensenkung nicht enthalten seien. Ferner fehlten die Maßnahmen zur Umlagerung der Konsumbelastung vom heimischen auf das ausländische Produkt, so in erster Linie die Ermäßigung der Zuckersteuer und der Umsatzsteuer für die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft sowie der Fortfall der Schlachtsteuer.

Die Stadt Köln ist zahlungsfähig.

◇ **Köln**, 9. September.

Wie im Gegensatz zu falschen Pressemitteilungen festgestellt wird, hat die Stadt Köln für ihre Zinszahlungen niemals, auch nicht für die am 1. Oktober d. J. fälligen Zinseinlösungen, unmittelbar oder mittelbar bei der Reichsregierung oder bei einer anderen Stelle finanzielle Beihilfe erbeten.

Tod beim Einschrauben einer Glühbirne.

Rothberg bei Eschweiler, 9. September.

Am Mittwoch abend wollte der 19jährige Hans Hennes im Untertagebetrieb der Grube „Reserve" an seiner Handlampe eine neue Birne einschrauben. Hennes, der hierbei anscheinend der beschädigten Fassung zu nahe kam, wurde auf der Stelle getötet. Man steht vor einem Rätsel, da es sich bei dem Strom nur um eine 120-Volt-Spannung handelt.

Kreis Adenau ruft den Staatsgerichtshof an.

Adenau (Eifel), 9. September.

Der Kreisausschuß hat wegen der Auflösung des Kreises Adenau Klage gegen das Land Preußen wegen Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 101 und 103 der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 beim Staatsgerichtshof erhoben. Die Klageschrift umfaßt fünf Schreibmaschinenseiten.

Das Bein von einem Seil abgeschnitten.

◆ **Saarbrücken**, 8. September.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Mittwoch nachmittag auf dem Saar-Kohlen-Kanal bei der Schleuse Nr. 30. Der Matrose Heinz Bemberg vom Schiff „Zoli" der Compagnie Generale de Navigation war auf dem Schiff, das sich auf der Fahrt von Saarbrücken nach Saargemünd befand, mit dem Anbringen eines Seiles beschäftigt. Er drehte dabei eine Schlinge, geriet aber, als das Saumpferd anzog, in die Schlinge, wobei ihm ein Bein buchstäblich abgedreht wurde. Das auf so schreckliche Art amputierte Bein fiel in den Kanal und ist noch nicht gefunden worden. Der Matrose ist heute morgen im Krankenhaus an Verblutung gestorben.

★

((**Wanne-Eickel**, 8. Sept. **Neuer Studiendirektor.** Durch Ministerialerlaß vom 17. August 1932 ist die Wahl des Studienrats Wigge zum Studiendirektor des Oberlyzeums bestätigt worden. Die Mitteilungen des Provinzialschulkollegiums über die Bestätigung ist heute bei der Stadt eingegangen.

() **Bad Oeynhausen**, 9. Sept. **Einem Rottenführer das Bein abgefahren.** Der Hilfsrottenführer Krühme aus Möllbergen kam auf der Reichsbahnstrecke Möllbergen—Veltheim beim Aufspringen auf einen fahrenden Wagen unter dessen Räder. Dem Manne wurde ein Bein vollkommen abgefahren. Der Verunglückte wurde in bedenklichem Zustande dem Krankenhause in Bad Oeynhausen zugeführt.

Wetteraussichten für Sonnabend:

Weiterhin meist wolkiges Wetter, nur vereinzelt leichter Regen, wenig Temperaturveränderung. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Meist trockenes Herbstwetter.

Gewinnauszug
5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche (265. Preuß.) Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

27. Ziehungstag — 8. September 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

12 Gewinne zu 10000 M. 9515 31099 36571 243601 281378 327036
10 Gewinne zu 5000 M. 43948 137179 142145 879653 394106
24 Gewinne zu 3000 M. 18967 28704 56985 71502 73879 77564 143301 170438 202819 205077 288317 309576
60 Gewinne zu 2000 M. 8258 22047 47339 54156 61871 66370 71571 103372 110966 145999 160161 174574 190266 196902 218931 225705 237921 253301 293956 311703 313777 325841 335958 348439 349142 355438 356647 372500 376467 387084
136 Gewinne zu 1000 M. 1154 20552 28908 31477 33312 33953 34959 41508 43511 45349 45577 49810 51570 53662 64077 65157 66251 67513 68187 72738 78407 85012 90668 96492 100788 102942 112257 113942 114534 136939 143381 148685 157182 175140 186967 192407 193835 203616 205780 206065 207126 214589 218138 229648 233306 235722 238116 244598 251335 257260 264662 275978 282390 283893 295050 305250 311895 320203 320752 323629 326181 332869 333182 337170 337502 342590 346742 346917
182 Gewinne zu 500 M. 390 13044 16291 25222 25762 30219 30965 32180 33543 38486 44236 47031 48792 57044 58869 67510 69754 72995 82607 89609 91727 101840 104088 117152 119576 124728 137692 136987 144817 145085 146720 160110 161495 162675 164499 174278 174522 180130 186696 193248 193586 193911 199451 201768 209350 217078 224003 224184 226486 229264 242633 246987 256983 259236 259636 270150 270680 271045 271780 275499 275587 285980 289922 290847 292307 294643 295735 297895 300614 303069 303093 304918 306105 308962 313376 319750 321503 324226 324538 325284 332268 334137 340666 341246 344141 348755 355712 360379 371885 373599 376877

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

12 Gewinne zu 5000 M. 80584 134603 134621 201895 207944 362620
14 Gewinne zu 3000 M. 45311 72195 106985 116809 208755 243652 244112
44 Gewinne zu 2000 M. 51480 62394 156520 165389 181656 186254 193363 200328 214467 236222 244583 256621 268083 272639 288077 353443 353980 359691 366776 374723 382973 384753
116 Gewinne zu 1000 M. 5068 52986 62026 68480 72771 78393 79612 79879 79948 88801 91084 103772 110202 115988 118305 120397 122219 133867 143150 156372 171537 174031 177079 185970 186473 187148 195850 197094 210884 214411 222556 232717 243314 245162 246584 249095 250329 252989 253684 256502 265267 288521 293461 293601 297947 298236 300910 314923 315476 323383 331657 336110 340913 353558 355350 359663 363383 380490
168 Gewinne zu 500 M. 6322 16646 17834 19836 20896 24963 25351 26289 27361 27553 28422 30863 34657 34760 37535 37796 46289 51112 59936 60953 65072 68436 74514 92021 95901 103433 108839 109760 121191 122757 126241 137230 144061 146210 146551 147206 160488 160692 161377 193249 201984 207461 210294 210461 211040 215746 221349 221468 223203 225545 225835 232464 232654 237546 242726 249259 250781 250905 253762 257961 261499 261859 261941 271895 278472 280182 282281 288330 289705 305918 313252 317271 319514 321332 322930 324504 330834 337095 344607 359250 361435 361943 373592 391513

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 100 Schlußprämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 75000, 2 zu je 50000, 6 zu je 10000, 44 zu je 5000, 64 zu je 3000, 168 zu je 2000, 338 zu je 1000, 574 zu je 500, 1790 zu je 400 M.

Staatliche Lotterie-Einnahme Hollweg, Rheine i./W.



Vollkommene Haarpflege — und so billig!

Elida Shampoo ist jetzt mehr als ein Haarwaschmittel — es ist die vollkommene Haarpflege, denn jetzt liegt jeder Packung noch Perfekta Zitronenbad bei. — Perfekta löst den letzten Rest von Shampoo aus dem Haar, kein weißer Staub bleibt mehr im Kamm zurück. Ihr Haar erhält höchsten Glanz, sitzt viel besser — und die Welle hält länger.

Elida Shampoo + Perfekta = Vollendete Haarpflege!

JETZT NUR 20 PFG REICHT FÜR 2 MAL

MIT PERFEKTA ZITRONENBAD

ELIDA SHAMPOO

Aus Münster und dem Münsterland.

Deutsches Institut für wissenschaftliche Pädagogik.

+ **Münster,** 9. September.

Das Vorlesungsverzeichnis des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik, Münster i. W., für das Wintersemester 1932-33 (1. Semester des 6. Führerkursus) ist soeben erschienen. Folgende Vorlesungen werden gehalten:

A. **Theoretische Pädagogik:** 1. Univ.-Prof. D. Dr. J. P. Steffes: Die rationalen Grundlagen katholischer Weltanschauung und Religiösität mit besonderer Betonung des psychologisch-pädagogischen Gesichtspunktes. Kolloquium. Alle 8 Tage. Mo. 5—6,30 Uhr. Beginn 7. November.

2. Univ.-Prof. Dr. B. Rosenmöller: Das kath. Erziehungs- und Bildungsideal, seine weltanschaulichen und metaphysischen Voraussetzungen. Vorlesung mit Kolloquium. Alle 14 Tage. Mi. 6,30—8 Uhr. 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember, 18. Januar, 1. und 15. Februar.

3. Dozent Dr. Brunnengräber: Einführung in die Erziehungswissenschaft. Vorlesung mit Kolloquium. Alle 14 Tage. Mo. 3,30—5 Uhr. 7. und 21. November, 5. und 19. Dezember, 16. und 30. Januar, 13. und 27. Februar.

4. Dozentin Dr. Edith Stein: Aufbau der menschlichen Person. Vorlesung. Alle 8 Tage. Sa. 3,30—5 Uhr. Beginn 5. November.

5. Dr. O. Opahle: Die philosophischen Richtungen der Gegenwart in ihrem Verhältnis zu den Grundfragen der Pädagogik. Vorlesung mit Kolloquium. Alle 14 Tage. Mi. 5—6,30 Uhr. 16. und 30. November, 14. Dezember, 11. und 25. Januar., 8. und 22. Februar.

6. Dozent Dr. Brunnengräber: Das pädagogische Methodenproblem in logisch-erkenntnistheoretischer Betrachtung. Vorlesung mit Kolloquium. Alle 14 Tage. Mi. 5—6,30 Uhr. 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember, 18. Januar, 1. und 15. Februar.

B. **Psychologie.** 1. Dozent Dr. W. Hansen: Die Entwicklung der neueren Psychologie und ihre pädagogisch bedeutsamen Hauptprobleme. Vorlesung. Alle 8 Tage. Mo. 6,30—8 Uhr. Beginn 7. Nov.

2. Dozent Dr. W. Hansen: Schulpraktische Probleme der Psychologie. Alle 14 Tage. Sa. 6,30—8 Uhr. 12. und 26. November, 10. Dezember, 14. und 18. Januar, 11. und 25. Februar.

3. Dozent Dr. Dr. K. Haase: Allgemeine Sozialpsychologie. Vorlesung. Alle 8 Tage. Mi. 3,30—5 Uhr. Beginn 9. November.

4. Dozent Dr. Dr. K. Haase: Uebung: Einzelprobleme der allgemeinen Sozialpsychologie. Alle 14 Tage. Mo. 3,30—5 Uhr. 14. und 28. November, 12. Dezember, 9. und 23. Januar, 6. und 20. Februar.

C. **Historische Pädagogik.** 1. Dozent Dr. H. Brunnengräber: Die erziehungsgeschichtliche Methode. Vorlesung. Alle 14 Tage. Mi. 6,30—8 Uhr. 16. und 30. November, 14. Dezember, 11. und 25. Januar, 8. und 22. Februar.

D. **Praktische Pädagogik.** 1. Rektor Dr. Pollert: Methodik des Rechenunterrichtes. Alle 14 Tage. Sa. 5—6,30 Uhr. 5. und 19. November, 3. und 17. Dezember, 21. Januar, 4. und 18. Februar.

2. Konrektorin Rieffert: Methodik des Deutschunterrichts unter besonderer Berücksichtigung der literarischen Erziehung. Alle 14 Tage. Sa. 5—6,30 Uhr. 12. und 26. November, 10. Dezember, 14. und 28. Januar, 11. und 25. Februar.

3. Mittelschullehrer W. Woermann: Methodik des Werkunterrichtes. Alle 14 Tage. Sa. 6,30—8 Uhr. 5. und 19. November, 3. und 17. Dezember, 21. Januar, 4. und 18. Februar.

E. **Unterrichtsbesuch an der Ueberwasserschule** (nach Vorschrift der Studienordnung).

Sonstige Veranstaltungen. 1. Gewerbelehrerin Quiskamp: Hauswirtschaftliche Naturkunde mit einfachen Versuchen. Alle 14 Tage. Di. 4—6 Uhr. (Termine werden noch bekanntgegeben.)

2. Dr. Rensing: Münsterische Kirchen als Zeugen religiösen Lebens der Vergangenheit. 4 Führungen. (Termine werden noch bekanntgegeben.)

Weitere Anträge für den Deutschen Gastwirtetag.

Δ **Münster,** 9. September.

Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Schinkel nahm der 57. Deutsche Gastwirtetag am Donnerstag die Beratung der am Mittwoch nicht mehr erledigten Anträge wieder auf. Es handelt sich dabei zunächst um Konzessionsfragen, auch um Tanzkonzessionen, um Auswüchse bei den Schrebergärtenkonzessionen, gewerbsmäßige Zimmervermietung und Fremdenpensionen wie auch um Konzessionen für Studenten- und Speisehäuser in Universitätsstädten, Errichtung von sogenannten Eisdielen, Bekämpfung des Winkelausschanks und des Schwarzverkaufs von Alkohol, sowie Verweigerung der Konzession an Doppelverdiener. Eine Anzahl Anträge befaßte sich mit der Hauszinssteuer, andere wünschten Aufhebung des Mineralpreissenkungsdiktats und Senkung der Gebühren für Gas, Wasser und Strom. Angenommen wurde ein Antrag auf Errichtung von Gastwirtskammern, und ein Antrag auf Errichtung einer eigenen Berufsgenossenschaft wurde dem geschäftsführenden Ausschuß als Material überwiesen. Eine sehr lebhafte Aussprache entspann sich über die Anträge wegen der Musiktantiemen, zu denen auch der Vorsitzende des Reichskartells der deutschen Musikveranstalter Stellung nahm. Die Anträge wurden dem Großen Ausschuß überwiesen. Die Beratung der Anträge zog sich bis gegen 5 Uhr hin und dann wurde der Bundestag geschlossen.

Eilgut- und Güterabfertigung Münster zusammengelegt.

+ **Münster,** 9. Sept.

Hierzu teilt uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Münster folgendes mit:

Von Montag, den 12. September d. J., ab findet die Annahme und die Ausgabe der Eilgutsendungen in Münster nicht mehr bei der Eilgutabfertigung, sondern bei der Güterabfertigung statt. Die Bereitstellung der ein- und ausgehenden Eilgutwagenladungen erfolgt vom gleichen Zeitpunkt ab nicht mehr an der Eilgutrampe, sondern im Freiladegleis der Güterabfertigung. Die Frachtbriefe über die eingehenden Eilgutsendungen sind bei der Güterabfertigung einzulösen und die Frachtbriefe über die ausgehenden Eilgutsendungen bei der Güterabfertigung aufzugeben. Auf Wunsch der Interessenten können nach Vereinbarung mit der Güterabfertigung Eilgutwagen nach wie vor zur Be- bezw. Entladung an der Eilgutrampe bereitgestellt werden. Die Annahme der leeren Milchkannen und die Ausgabe der gefüllten Milchkannen in Münster bleibt an der jetzigen Stelle bestehen.

Die Herbstwanderung der Polizeischule Münster.

+ **Münster,** 9. September.

Die diesjährige Wanderung wird die Polizeischule zunächst durch einen schönen Teil westfälischen Heimatgebietes und anschließend an die Nordsee, über Borkum zur Nordseeinsel Juist führen. Auswahl und Fortsetzung der Wanderziele sind geleitet von dem Gedanken, den Gesichtskreis der Polizeianwärter zu erweitern, Heimatpflege zu betonen, die Geländekunde zu pflegen und die Marschdisziplin zu steigern. Sonderlich soll auch die Einsicht dafür geweckt werden, daß sich auch der moderne Mensch bei bescheidenen Ansprüchen mit geringen Geldmitteln die Naturschönheiten der Heimat erschließen kann, um aus ihnen neue Kraft für den schweren Daseinskampf zu schöpfen. Eine solche Entspannung ist den jungen Polizeianwärtern, die nach einjähriger Ausbildungszeit an der Polizeischule Münster für den Dienst in den Großstädten Westfalens bestimmt sind, nach anstrengendem Ausbildungsdienst zu gönnen. Die Anwärter haben die Kosten für die Wanderung während ihrer Ausbildungszeit unter Beachtung der gerade in heutiger Zeit so notwendigen Pfennigbewertung fleißig gespart.

Am 12. 9. wird die Schule die mehrtägige Wanderung antreten. Ein Sonderzug wird den Transport nach Borghorst führen. Von hier aus erfolgt Fußmarsch durch den Bagno, über Burgsteinfurt, Ochtrup nach Bentheim, wo die Wanderabteilung — gegen 15 Uhr eintreffend — einquartiert wird. In Bentheim wird um 20 Uhr vor dem Schloß ein Platzkonzert mit Zapfenstreich stattfinden.

Am 13. 9. wird die Polizeischule mit Bahntransport Emden erreichen, um von hier aus noch am gleichen Tage mit dem Schiff über Borkum die Nordseeinsel Juist zu erreichen. Die Rückkehr wird am 16. 9. über Norddeich, Emden angetreten. An der Wanderung nehmen rund 350 Polizeioffiziere, Polizeiwachtmeister und Polizeianwärter teil. Alle Teilnehmer tragen Uniform.

Während des Ausruhens gestorben.

:: **Rheine,** 9. September.

Auf recht eigentümliche Weise kam am gestrigen Freitag abend der etwa 30jährige Arbeiter Mersch, Hemelterstraße wohnhaft, zu Tode. In den geräumigen Blumenanlagen vor der neuen Emsbrücke fand man ihn in den frühen Abendstunden auf einer Ruhebank in leblosem Zustand auf. Sofort wurde der in der Nähe wohnende Arzt Dr. Neihaus hinzugerufen, dessen Wiederbelebungsversuche jedoch erfolglos blieben. Die Leiche wurde alsbald dem Matthiasspital zugeführt. Doch konnte die genaue Todesursache nicht festgestellt werden. Möglicherweise kommt Hitzschlag in Frage.

Was bringt der 4. westdeutsche Segelflugwettbewerb?

Die ersten Ueberland-Segelflüge. — Mindestflüge 15 Kilometer! — Die „hohe Schule" des „Zirkus der Luft".

+ **Segelflugplatz Borkenberge,** 9. Sept.

Wie wir schon mitteilten, darf mit besonders guten sportlichen Leistungen während des 4. Westdeutschen Segelflugwettbewerbs in den Borkenbergen (14.—18. Sept.) gerechnet werden; stellt sich doch der Deutsche Luftfahrtverband mit seinem vielgerühmten „Wanderzirkus" in den Dienst der Sache. Dadurch und durch die Schaffung der großen Startbahnen in den Borkenbergen ist die Veranstaltung eines besonderen Wettbewerbs für Flugzeug-Schleppstarts ermöglicht. Die Höhe, in der das Lösen der Segelflugzeuge von der Motormaschine erfolgt, ist dem Führer des Segelflugzeuges freigestellt, darf aber nicht mehr als 1000 Meter über Flugplatzhöhe betragen. Gewertet wird die längste Flugdauer. Die Landung muß wieder auf dem Rollfeld erfolgen. Auf der Mitte des Rollfeldes befindet sich ein Kreis mit einem Durchmesser von 50 Metern. Die Bewerber, die die Landung so ausführen, daß die Rumpfspitze des Flugzeuges sich 2 Meter vom gekennzeichneten Kreisumfang und innerhalb des Kreises befindet, erhalten einen Zusatzpreis. Außerdem sind Fernflüge zulässig. Nur Flüge über 15 Kilometer werden gewertet. Das will also bedeuten: Der Ueberlandflug muß von den Borkenbergen weit über Dülmen und Buldern hinaus bis fast nach Appelhülsen gehen, oder mehrere Kilometer über Lüdinghausen hinaus, oder über die Haard bis Datteln, oder bis an die Tore von Recklinghausen — wenn er überhaupt gewertet werden soll.

Wenn auch dieser Wettbewerb wegen seiner sportlichen Bedeutung die größte Beachtung finden dürfte, wird der sonstige Wettbewerb nicht minder interessant sein. Dafür sorgen u. a. die zahlreichen Meldungen zum Uebungswettbewerb, innerhalb dessen auch Starts hinter dem Auto vorgesehen sind. Hier winken 3 Sonderpreise (80, 75 und 50 Mk.). Daneben werden viele Dutzend unserer Jungflieger von allen Hängen der Borkenberge aus starten, sei es im Leistungs-, Uebungs- oder Schulungswettbewerb. Im allgemeinen Leistungswettbewerb stehen 335 Mk. für Preise zur Verfügung, im Uebungswettbewerb 280 Mk. und im Schulungswettbewerb 200 Mk. Außerdem wird jede während des Wettbewerbs abgelegte Prüfung mit einem Preise bedacht. Nimmt man noch hinzu, daß der „Wanderzirkus" des Deutschen Luftfahrtverbandes mit seinen tüchtigen Piloten die „hohe Schule" des Segelfluges vorführen wird, dann darf man ohne Uebertreibung sagen: der Segelflugplatz Borkenberge wird von Mittwoch bis Sonntag kommender Woche Großbetriebstage erleben, wie sie die Heide zwischen Lüdinghausen-Seppenrade, Dülmen und Haltern bislang noch nicht gesehen hat.

★

Δ **Münster,** 8. Sept. **5000 Mark für die Ermittelung von Brandstiftern ausgesetzt.** Nach einer Mitteilung des Oberstaatsanwalts sind zur Ermittelung von Brandstiftern 5000 Mark ausgesetzt worden. Veranlassung geben hierzu die zahlreichen Brände im Amtsbezirk Heiden-Reken im Laufe dieses Jahres. Das Publikum soll durch die ausgesetzten Belohnungen veranlaßt werden, diese Millionen Mark Volksvermögen raubende Verbrechensseuche bekämpfen zu helfen.

+ **Ahlen,** 9. Sept. **Schwerer Betriebsunfall.** In einer hiesigen Fabrik an der Beckumer Straße ereignete sich ein bedauernswerter Unglücksfall. Dem Klempnerlehrling Kr. flog während der Arbeit ein Stückchen Blech ins rechte Auge. Die Verletzung war so schwer, daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Es ist fraglich, ob es der ärztlichen Kunst gelingt, dem Verletzten das Augenlicht zu erhalten.

((**Rheine,** 10. Sept. **Mit der Leiter abgestürzt.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Freitag an der Pastorat der St. Antonius-Basilika. Dort war der älteste Sohn des Anstreichermeisters Brügge mit Anstreicherarbeiten beschäftigt, als plötzlich eine Leitersprosse brach, wodurch B. aus acht Meter Höhe mit der umkippenden Leiter in die Tiefe stürzte. Mit einem schweren Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung und Lippenverletzungen wurde er bewußtlos zum Matthiashospital gebracht, wo er noch in bedenklichem Zustand darniederliegt. Der Unfall ist umso bedauernswerter, als B. der älteste Sohn und Miternährer einer achtköpfigen Familie ist.

+ **Oelde,** 9. Sept. **Stadtverordnetensitzung.** In der letzten Stadtverordnetensitzung mußten sich die Stadtväter erneut auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde mit der Neufestsetzung der Gemeindesteuern beschäftigen. Gemeindevorstand und Stadtverordnetenversammlung hatten es abgelehnt, daß lediglich die Wohlfahrtslasten (eigene Fürsorgeausgaben und erhöhte Kreissteuern auf Grund der Bestimmung des Bezirksfürsorgepflichtgesetzes) durch den erhöhten Fehlbedarf der Stadt durch eine Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern und zur Bürgersteuer gedeckt würden. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat aber auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 32 nunmehr für die Stadt Oelde die Erhöhung folgender Steuersätze angeordnet: 290 % Zuschlag zur Grundvermögenssteuer I, 260 % zur Grundvermögenssteuer II, 500 % zur Gewerbeertrag- und 1000 % zur Gewerbekapitalsteuer. Außerdem das 3½fache des Landessatzes der Bürgersteuer.

Kirchliches.

Im Exerzitienhause zu Werl finden in der nächsten Zeit folgende Exerzitienkurse statt: 17.—20. September für Jünglinge (erwerbslose); 22.—25. September für Männer (erwerbslose); 26.—30. September für Jungfrauen (unter 30 Jahren); 30. September bis 4. Oktober für Frauen und Jungfrauen des 3. Ordens. 8.—11. Oktober für Jünglinge (erwerbslose); 13.—16. Oktober für Männer (erwerbslose); 18.—22. Oktober für Witwen und ältere Frauen; 24.—28. Oktober für Jungfrauen über 30 Jahre. Anmeldungen sind zu richten an das Exerzitienhaus Werl, Kreis Soest i. W.

Sieben Todesopfer eines Unwetters.

:: **Newyork,** 9. September.

Dem Orkan, der in den letzten Tagen die Ostküste der Vereinigten Staaten heimgesucht hat und mit unverminderter Stärke noch an der Neu-Englandküste wütet, hat auch Opfer an Menschenleben gefordert. Auf der Bahama-Insel Abaco haben sieben Personen das Leben eingebüßt, zahlreiche Menschen wurden verletzt. An der Nordküste dieser Insel haben nur wenige Häuser dem Unwetter standgehalten.

Vermischte Nachrichten.

Großfeuer in der Laubenkolonie.

:: **Berlin,** 7. Sept. In einer Laubenkolonie in der Landsberger Allee 100 brach um 3,45 Uhr ein Großfeuer aus, durch das in ganz kurzer Zeit drei Wohnlauben, vier Stallgebäude mit Inhalt und mehrere Bretterstapel in Schutt und Asche gelegt wurden. Mit fünf Schlauchleitungen wurde bis in die frühen Morgenstunden gelöscht, und erst gegen 7 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde die Leiche des Händlers Ferdinand Richter verkohlt aufgefunden. Eine 59jährige Händlerin, Emilie Bober, wurde so schwer verletzt, daß sie unverzüglich nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Mit verbrannt sind ein Pferd, zwei Schweine, zwei Hunde, mehrere Hühner und zahlreiche Kaninchen. Die Brandursache konnte noch nicht geklärt werden.

Festnahme dreier berüchtigter Zuckerschmuggler auf dem Bodensee.

:: **Stuttgart,** 9. Sept. In letzter Zeit ist es den Zollbehörden in Friedrichshafen gelungen, auf dem Bodensee in der Nähe des deutschen Ufers drei berüchtigte Schmuggler festzunehmen. Es handelt sich um schweizerische Schiffer, die erhebliche Mengen Zucker mit Motor- und Ruderbooten nach Deutschland eingeschmuggelt haben. Da sie den Zollbehörden Widerstand leisteten, wurden sie mit ihrem Boot durch einen Zollkreuzer in den Hafen eingeschleppt. Die Schmuggler befinden sich jetzt mit ihrem inländischen Abnehmer in Haft und sehen einer schweren Bestrafung wegen Bandenschmuggels entgegen.

In Südtirol abgestürzt.

:: **Bozen,** 7. Sept. In der Brenta-Gruppe, oberhalb Molveno, stürzte der Dresdener Apotheker Petrutsch über eine 150 Meter hohe Wand ab. Seine Leiche wurde zu Tal geschafft.

Verhängnisvolle Straßenschlacht.

:: **Ortelsburg** (Ostpreußen), 9. Sept. Im Dorfe Samplatten entstand in vergangener Nacht im Anschluß an eine Geburtstagsfeier eine große Schlägerei, die sich zu einer richtigen Straßenschlacht auswuchs. Der Schlächter Kattanek und der Landwirt Bach blieben mit furchtbaren Verletzungen tot auf dem Platze. Weitere sieben Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Zahlreiche Teilnehmer wurden verhaftet.

Neugründung des Weltverbandes katholischer Pädagogen.

:: **Wien,** 8. Sept. Die Weltkonferenz Katholischer Pädagogen faßte den Beschluß, den Weltverband Katholischer Pädagogen wieder zum Leben zu erwecken. Zum Präsidenten wurde Universitätsprofessor Dr. Johnson-Washington gewählt.

Ein tschechischer Segelflieger tödlich verunglückt.

)(**Prag,** 9. Sept. Bei Mährisch-Ostrau ist gestern abend der tschechische Segelflieger Wenzel Tichopad, als er im Schlepptau eines Kraftwagens zu einem Probeflug aufsteigen wollte, plötzlich verunglückt. Er stürzte aus einer Höhe von etwa 15 Metern ab und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er später in einem Krankenhaus erlegen ist.

Massenspeisevergiftungen auf Java.

)(**Amsterdam,** 9. Sept. Meldungen aus Mitteljava zufolge sind dort neue Massenvergiftungen nach dem Genuß der bekannten javanischen Volksnahrung Tempe boengkil, einer Art Sojabohnenkuchen, aufgetreten. In der Ortschaft Gombong (Residentschaft Karang Anjer) sind bereits 50 Fälle zu verzeichnen, von denen 21 einen tödlichen Ausgang genommen haben.

Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit im Ruhrbergbau ohne Ergebnis.

:: **Essen,** 9. September.

Die heutigen Verhandlungen zwischen Zechenvertretern und Bergarbeiterverbänden über das von den Gewerkschaften gekündigte Mehrarbeitsabkommen und den vom Zechenverband gekündigten Lohntarif verlief ergebnislos. Der Termin der weiteren Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters steht noch nicht fest.

Nach einer Darstellung von bergbaulicher Seite habe der Zechenverband zur Frage der Arbeitszeit beantragt, an der jetzigen Arbeitszeit von 8 Stunden unter Tage und an den entsprechenden Bestimmungen über die Arbeitszeit über Tage im wesentlichen festzuhalten. Die Arbeitszeit unter Tage und an heißen Betriebspunkten soll im Manteltarif, dessen Arbeitszeitbestimmungen zurzeit auch ablaufen, geregelt werden, während die Bestimmungen über die Arbeitszeit über Tage dem besonderen Mehrarbeitsabkommen überlassen bleiben sollen. Die Gewerkschaften hätten demgegenüber eine Regelung ausschließlich im Rahmentarif gefordert dergestalt, daß unter Tage eine Schichtdauer von 6¼ Stunden, über Tage eine solche von 6 Stunden 40 Minuten festgesetzt werden soll, wobei die Möglichkeit gegeben werden soll, an fünf Tagen eine 8-Stundenschicht zu verfahren. Diese Forderung bedeute damit eine Festlegung der 40-Stundenwoche, die bereits im Juni d. Js. bei eingehenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium für den Ruhrbergbau im Hinblick auf die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse als undurchführbar bezeichnet worden sei. In der Lohnfrage habe der Zechenverband seine Forderungen wiederholt, die Lohnregelung den unterschiedlichen Verhältnissen der 160 Schachtanlagen des Ruhrbergbaues besser anzupassen. Seine Forderung gehe dahin, die heutigen Tariflöhne um 12 v. H. zu senken, wobei jedoch unter Gewährung von Ueberverdiensten über die tariflichen Mindestsätze hinaus eine Unterschreitung des im Juni 1932 erzielten durchschnittlichen Leistungslohnes um mehr als 3 v. H. verhindert werde. Die Regelung soll so getroffen werden, daß mindestens zwei Drittel der gesamten Belegschaft des Ruhrbergbaues in ihrem Lohn nicht schlechter gestellt würden als heute.

Zugunglück in Frankreich.



Der Paris—Riviera-Expreß ist vor einigen Tagen in der Nähe von Marseille entgleist. Das Unglück forderte acht Schwerverletzte.

Hindenburg wieder in Berlin.



Ankunft des Reichspräsidenten auf dem Bahnhof Friedrichstraße.

Ausstellung gebrauchter Automobile

vom 10.—15. September d. J. einschließlich.

Wie uns mitgeteilt wird, findet in der Zeit vom 10. bis 15. September d. J. in den Räumen der früheren Körlingschen Möbelfabrik — jetzt Autobörse —, Dortmund, Friedrichstraße 35, eine Ausstellung gebrauchter Automobile in allen Stärken und Preislagen statt. Die Fahrzeuge befinden sich sämtlich in gutem, fahrfertigem Zustande und sind hinsichtlich ihrer maschinellen Beschaffenheit geprüft. Außer Kleinwagen finden Sie dort mittlere und schwere Wagen, wie Ford, Adler, Mercedes, Essex, Chrysler usw. usw., als Limousine und kombinierte Fahrzeuge für alle Zwecke. Näheres erfahren Sie aus dem Inseratenteil und bei der Ausstellungsleitung, Dortmund, Friedrichstraße 35. Tel. 27654/55.

Herbstpferdemarkt am 29. und 30. Sept.

Der diesjährige Herbstpferdemarkt in Essen findet am 29. und 30. September d. J. auf dem städtischen Viehhofe statt. Jeder Käufer ist hier einem reichen Angebot — sei es Acker-, Fuhrwerks- oder Luxuspferd — gegenübergestellt. Aber auch der Pferdeliebhaber kommt bei einem Besuche des Marktes auf seine Kosten. Die Lage des Marktes inmitten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit den günstigsten Bahnverbindungen nach allen Richtungen und der Verlademöglichkeit unmittelbar vom Viehhofe machen Essen zu dem gegebenen Platz für einen guten Markt.